

**Vom Vorstand am 24. November 2022 behandelte Abänderungsanträge zu Positionspapier 3 Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende**

<b>Nr.</b>	<b>Absender</b>	<b>Thema</b>	<b>Empfehlung</b>
3.8	GB NE	Für eine klare Position des SGB gegenüber der Energiekrise und den Arbeitgeberkreisen	Annahme
3.9	GB NE	Damit die Arbeitslosenversicherung wieder sozial wird und den ökosozialistischen Übergang unserer Gesellschaft unterstützt	Annahme
3.10	GB NE	Der Staat muss eine treibende Kraft bei der Umschulung sein	Gegenvorschlag
3.11	GB NE	Ungleichheit nicht noch weiter vergrößern: die größten Ressourcen-Verbraucher unseres Planeten müssen die Kosten der ökologischen Katastrophe tragen	Gegenvorschlag
3.12	GB NE	Anreize schaffen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu fahren	Gegenvorschlag
3.13	GB NE	Für offensive Gewerkschaftsarbeit	Annahme
3.14	GB NE	Änderungen für die Verwendung besser passender Begriffe	Gegenvorschlag
3.15	GB NE	Die Gewerkschaften in die Diskussionen über den ökosozialen Umbau der Aus- und Weiterbildung einbinden	Annahme
3.16	GB NE	Für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel	Ablehnung
3.17	GB NE	Für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbussen	Annahme
3.18	MigrantInnen. Komm	Klimagerechtigkeit für Menschen im Süden	Gegenvorschlag
3.19	SIT	Präzisierung der Rolle der Gewerkschaften	Annahme
3.20	CGAS	Pensionskassen dürfen nicht zu ökologischen und sozialen Katastrophen beitragen	Annahme

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.8: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Für eine klare Position des SGB gegenüber der Energiekrise und den Arbeitgeberkreisen

**Seite 5 und 6:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** den Spiegelpunkt «Gesundheitsschutz» auf Seite 5 und 6 mit zwei Sätzen ergänzen.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Gesundheitsschutz:** Verstärkte Massnahmen zum Gesundheitsschutz {...} gar in die Nacht muss hingegen gestoppt werden. ***Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Strom und Treibstoff sind in Zukunft ebenso zu erwarten wie Stromausfälle. Keines dieser Ereignisse darf es den Unternehmen erlauben, die Arbeitszeit noch weiter zu flexibilisieren oder Nacht- oder Wochenendarbeit zu erleichtern.*** Da die immer stärker spürbaren Auswirkungen der Klimaerhitzung {...}

#### Begründung Antragssteller

Die Angriffe der Arbeitgeber haben begonnen. Wir erhalten bereits Briefe von Arbeitgeberverbänden im Vorfeld der Stromausfälle in diesem Winter, in denen sie uns um Flexibilität bei den Arbeitszeiten bitten. In der Industrie hagelt es Anträge auf Zustimmung zu Schicht-, Nacht- und VSD-Arbeit, obwohl wir wissen, dass diese Arbeitszeiten einen äußerst negativen Einfluss auf die Gesundheit und das Privatleben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Wenn uns die Energie ausgeht, werden wir das Problem nicht dadurch lösen, dass wir die Arbeitszeiten ändern und die Folgen der Krise auf die Schultern der prekärsten Beschäftigten abwälzen. Wir sind davon überzeugt, dass die Energiekrise das Übel dieses Jahrhunderts sein wird und sich nicht nur auf diesen Winter und den Krieg in der Ukraine beschränken wird. Wir müssen ein klares Zeichen setzen, dass die Rolle der Gewerkschaften darin besteht, die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Wir müssen Vorreiter sein und langfristige Lösungen wie Arbeitszeitverkürzung und die Rechenschaftspflicht der Arbeitgeber vorschlagen.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.9: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Damit die Arbeitslosenversicherung wieder sozial wird und den ökosozialistischen Übergang unserer Gesellschaft unterstützt

**Seite 7 und 8:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Im Aufzählungszeichen «Wohnungswesen und Raumplanung» am Ende einen Abschnitt einfügen.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Wohnungswesen und Raumplanung:** Der Schweizer Wohnungsbestand muss {...} in die Gestaltung neuer Arbeitsformen eng miteinbezogen werden und die nötigen Entscheidungsfreiheiten erhalten. ***Art. 16. Abs. 2f des Arbeitslosenversicherungsgesetzes AVIG sieht vor, dass eine Arbeit zumutbar ist, die zwei Stunden vom Wohnort entfernt ist, d.h. eine tägliche Fahrt von vier Stunden. Eine Neudefinition der «zumutbaren Arbeit» im Sinne des AVIG, ist notwendig für eine erfolgreiche Klimawende. Der Standort und die soziale und ökologische Ausrichtung des Unternehmens müssen zwei zentrale Kriterien für die Definition eines angemessenen Arbeitsplatzes sein.***

#### Begründung Antragssteller

Die Arbeitslosenversicherung wird gegenüber den Leistungsempfängern immer repressiver. Wir wollen ihrem Sinn und Zweck wieder Geltung verschaffen. Die Arbeitslosenversicherung sollte eine Stütze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Bedürfnisse und ihre Meinung zu äußern, anstatt sie zu knebeln. Diese Versicherung hat eine Schlüsselrolle und muss sich aktiv an der Klimawende beteiligen. Außerdem würde die Möglichkeit, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz selbst wählen können, Druck auf die Arbeitgeber ausüben, die Arbeitsbedingungen und vielleicht auch ihre Ethik zu verbessern, um Arbeitskräfte anzuziehen.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.10: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Der Staat muss eine treibende Kraft bei der Umschulung sein

**Seite 4:** Im Kapitel «Grundsätzliche gewerkschaftliche Prämissen für die Klimawende»

**Antrag:** Im Aufzählungszeichen «Arbeitsplatzsicherheit» am Ende zwei Sätze einfügen.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Arbeitsplatzsicherheit:** Allen Arbeitnehmenden, die {...} sozial flankierte Investitions- und Transformationsprogramme in den Betrieben und Branchen mitbestimmen können. ***Der Staat wiederum muss einen Fonds einrichten, der für die Umschulung in Berufe des ökologischen Wandels bestimmt ist. Diese finanzielle Unterstützung von Umschülerinnen und Umschülern kann die gleiche Form wie Stipendien annehmen.***

#### **Begründung Antragssteller**

Um eine echte Klimawende zu ermöglichen, ist nicht nur die Grundbildung von entscheidender Bedeutung, sondern auch die berufliche Umschulung. Allzu oft wird letztere durch finanzielle Schwierigkeiten behindert oder sogar unmöglich gemacht. Wir müssen jedem, der sich für eine Umschulung in einen ökologisch nachhaltigen und für die Gesellschaft gewinnbringenden Beruf entscheidet, einen angemessenen Lebensstandard sichern.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Gegenvorschlag***

- **Aus- und Weiterbildung:** {...} Dafür müssen bestehende Berufsbilder im Rahmen der kollektiv organisierten Berufsentwicklung den neuen Herausforderungen angepasst werden und die Weiterbildung respektive Umschulung von Arbeitnehmenden in schrumpfenden oder sich transformierenden Branchen muss seitens der Wirtschaft und der öffentlichen Hand unterstützt werden. Letzteres gilt insbesondere auch für die Gewährleistung eines angemessenen Einkommensniveaus – ***etwa durch die Entrichtung von Stipendien*** – während den Phasen der Weiterbildung und Umschulung. Ebenfalls müssen unter Beteiligung der Arbeitgeber entsprechende Fonds zur Deckung der Aus- und Weiterbildungskosten geäuft werden.

**Begründung:** *Das Anliegen der Antragstellenden wird im Forderungspunkt "Aus- und Weiterbildung" bereits integral und ausführlich aufgenommen. Einziger noch fehlender Punkt ist die Aufführung möglicher Stipendien, was entsprechend ergänzt werden soll.*

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.11: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Ungleichheit nicht noch weiter vergrössern: die größten Ressourcen-Verbraucher unseres Planeten müssen die Kosten der ökologischen Katastrophe tragen

**Seite 5:** Kapitel «Grundsätzliche gewerkschaftliche Prämissen für die Klimawende»

**Antrag:** Im Aufzählungszeichen «Emissionsreduktion» in den Passagen auf Seite 5 mehrere Sätze streichen und durch neue ersetzen.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Emissionsreduktion:** Wirksame Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase müssen {...} der effektivste Klimaschutz. Lenkungsabgaben sind ebenfalls ein wichtiges Mittel, doch müssen diese in jedem Fall vollständig an die Bevölkerung rückverteilt werden. Nur so können soziale Verwerfungen verhindert und die breite Akzeptanz der Klimapolitik gesichert werden. ***Nur mit einer progressiven Klimasteuer auf den Gewinnen von Grossunternehmen, hohen Einkommen und Vermögen kann eine sozial gerechte ökologische Transition erreicht werden.*** Die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten sinkt in der Schweiz seit Jahren, weshalb eine zusätzliche Belastung der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen unbedingt vermieden werden muss, zumal genau diese Haushalte durch ihr Konsumverhalten das Klima im schweizweiten Vergleich weit unterdurchschnittlich stark belasten. ***Daher müssen diejenigen, die am meisten Ressourcen unseres Planeten verbrauchen, die Kosten des ökologischen Wandels tragen: die multinationalen Unternehmen und die vermögenden Steuerzahler.*** ersetzt.

#### Begründung Antragssteller

Die größten Umweltverschmutzer auf diesem Planeten sind die großen Unternehmen, die multinationalen Konzerne und die großen Vermögen, weshalb es notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen, die sie betreffen, und nicht die einfachen Bürger, die mit kleinen individuellen Gesten nichts ändern können, wenn nicht auf der Makroebene etwas geschieht.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Gegenvorschlag***

- **Emissionsreduktion:** Wirksame Massnahmen [...] Lenkungsabgaben sind ebenfalls ein wichtiges Mittel, doch müssen diese in jedem Fall vollständig an die Bevölkerung rückverteilt werden. Nur so können soziale Verwerfungen verhindert und die breite Akzeptanz der Klimapolitik gesichert werden. Die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten sinkt in der Schweiz seit Jahren, weshalb eine zusätzliche Belastung der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen unbedingt vermieden werden muss, zumal genau diese Haushalte durch ihr Konsumverhalten das Klima im schweizweiten Vergleich weit unterdurchschnittlich stark belasten. ***Daher müssen diejenigen, die die Umwelt am meisten belasten – multinationale Unternehmen und vermögende Privathaushalte – durch progressive Gewinn- und Einkommenssteuern die Kosten des ökologischen Wandels tragen.***

***Begründung:*** Eine komplett rückerstattete CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe ist sozialpolitisch nicht nur vertretbar, sondern absolut richtig, weil die Emissionen der einkommensstarken Haushalte um ein Vielfaches über jenen der einkommensschwachen Haushalte liegen und Letztere somit unter dem Strich – und letztlich für ihre einkommensbedingt ökologische Lebensweise – finanziell belohnt

*werden. Diese Haltung wird so unmittelbar auch wieder zum Tragen kommen müssen, denn der Bundesrat schlägt mit der Neuauflage der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes eine im Vergleich zu heute noch höhere Quote des nichtrückerstatteten Betrags der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Abgabe vor (der SGB forderte in der Vernehmlassung konsequent eine komplette Rückerstattung). Die Forderung nach einer Belastung der vermögenden Privathaushalte und multinationalen Unternehmen ist allerdings völlig richtig und kann an dieser Stelle auch spezifisch formuliert werden.*

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.12: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Anreize schaffen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu fahren

**Seite 6:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Ergänzen des Aufzählungszeichens «Mobilität» am Ende mit einem Satz.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Mobilität:** Der öffentliche Verkehr muss [...] Konkret bedarf es vor allem bei den Halbtax- und Generalabonnements einer Preissenkungsoffensive, insbesondere für Erwerbstätige sowie junge Erwachsene. ***Um die Arbeitnehmenden dazu zu bewegen, die Nutzung umweltschädlicher motorisierter Individualfahrzeuge zu reduzieren, müssen die Arbeitgeber die Fahrkosten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz vollständig erstatten, wenn diese mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.***

#### **Begründung Antragssteller**

Viele Unternehmen beteiligen sich bereits teilweise an den Transportkosten ihrer Angestellten, insbesondere indem sie das Halbtax-Abo zurückerstatten. Diese Praxis soll verallgemeinert werden.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Gegenvorschlag***

- **Mobilität:** [...] Erwachsene. ***Um die Arbeitnehmenden dazu zu bewegen, die Nutzung umweltschädlicher motorisierter Individualfahrzeuge zu reduzieren, soll zudem geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber direkt an den öV-Fahrkosten ihrer Angestellten beteiligen können.***

**Begründung:** *Die Forderungen im Bereich der Mobilität bauen auf der Logik der Stärkung des Service public auf: Der öffentliche Verkehr muss vordringlich durch öffentliche Investitionen und Subventionen attraktiver gemacht werden, dies durch einen Ausbau des Angebots und eine Senkung des Nutzungspreises. Über diese kollektive Logik sollen auch Arbeitnehmende zum Umsteigen auf den öV gebracht werden. Dennoch lohnen sich auch Abklärungen, inwiefern eine Beteiligung der Arbeitgebenden an den öV-Kosten ihrer Angestellten in den GAV verankert werden könnte.*

## **Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende**

### **Abänderungsantrag 3.13: Gewerkschaftsbund Neuenburg**

**Titel:** Für offensive Gewerkschaftsarbeit

**Seite 5:** Im Kapitel «Grundsätzliche gewerkschaftliche Prämissen für die Klimawende»

**Antrag:** Nach dem Aufzählungszeichen «Internationale Solidarität» ist ein neuer Spiegelpunkt einzufügen.

**Änderungen** (fett und kursiv):

- ***Offensive Gewerkschaftsarbeit: Der SGB und seine Gewerkschaften müssen das gesamte Spektrum der ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel nutzen. Wo immer es relevant ist, kämpfen die Gewerkschaften für die Aufnahme von Klima- und Umweltthemen in die unterzeichneten Gesamtarbeitsverträge. Darüber hinaus unterstützt der SGB Bewegungen wie den Streik für die Zukunft und engagiert sich aktiv mit ihnen, indem er ehrgeizige ökologische und sozial gerechte Positionen vertritt.***

#### **Begründung Antragssteller**

Kleinere Anpassungen sind angesichts des Klimanotstands ungenügend. Deshalb müssen alle Mittel eingesetzt werden um Abhilfe zu schaffen.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***



## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.14: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Änderungen für die Verwendung besser passender Begriffe

**Seite 1, 2, 3 und 5:** Diverse Kapitel betroffen

**Antrag:** Diverse sprachliche Anpassungen

**Änderungen** (fett und kursiv):

**Auf Seite 1** sollte im **zweiten Absatz** ~~«Klimajugend»~~ in **«Klimastreikbewegung»** geändert werden.

**Auf Seite 2** sollte im **letzten Absatz** «gute Arbeitsplätze» in **«Arbeit»** geändert werden.

**Auf Seite 3**, im **vorletzten Absatz**, sollte ~~«Wirtschaftsverbänden»~~ in **«Arbeitgeberkreisen»** geändert werden.

**Auf Seite 5** sollte im **ersten Absatz** ~~«Verbote»~~ in **«verbindliche Maßnahmen»** geändert werden. Der Abänderungsvorschlag im **zweiten Absatz** betrifft nur den französischen Text. Im **dritten Absatz** wird vorgeschlagen, nach *«[...] internationale Forschungsk Kooperationen»* Folgendes einzufügen: **«Außerdem müssen Patente auf Technologien, die für die ökologische und klimatische Wende nützlich sind, aufgehoben werden.»**

*Stellungnahme des Vorstandes: **Gegenvorschlag***

Seite 1 **Annahme**

Seite 2 **Ablehnung:** Damit würde der Satz seine Logik verlieren; auf einem «geretteten Planeten» wird es Arbeit geben, aber ohne gewerkschaftliches Zutun eben keine «gute Arbeit».

Seite 3 **Annahme**

Seite 5 a) **Ablehnung:** Es geht in diesem Kontext spezifisch um Verbote und nicht allgemein um «verbindliche Massnahmen»

Seite 5 b) **Annahme:** Änderung sprachlicher Art; betrifft nur die französische Version

Seite 5 c) **Annahme**

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.15: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Die Gewerkschaften in die Diskussionen über den ökosozialen Umbau der Aus- und Weiterbildung einbinden

**Seite 6:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Im Aufzählungszeichen «Aus- und Weiterbildung» eine Textpassage streichen und durch einen anderen Teilsatz ersetzen

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Aus- und Weiterbildung:** Die Auswirkungen des ökosozialen Umbaus auf beziehungsweise dessen Anforderungen an die berufliche Grundbildung, die Tertiär- sowie die Weiterbildung müssen bestmöglich ~~und unter sozialpartnerschaftlichem Einbezug von und mit den Gewerkschaften als Partner dieser Debatten~~ antizipiert werden. Letztlich ist zur Bewältigung der Klimakrise eine Bildungsoffensive gefragt, denn ambitionierte Nachhaltigkeitsziele erfordern sowohl mehr als auch neue Fachkräfte. {...}

#### **Begründung Antragsstellerin:**

Vorausschauen gehört zur kollektiven Verantwortung. Die Gewerkschaften müssen in diese Diskussionen einbezogen werden und ihre Meinung eingeben können.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.16: Gewerkschaftsbund Neuenburg

**Titel:** Für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel

**Seite 6:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Im Aufzählungszeichen «Mobilität» zwei Textpassagen streichen und ersetzen

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Mobilität:** Der öffentliche Verkehr muss mit Mitteln der öffentlichen Hand weiter ausgebaut und ~~stark vergünstigt werden für die NutzerInnen kostenlos sein.~~ Dabei dürfen die Anstellungsbedingungen der Mitarbeitenden {...} Konkret bedarf es vor allem bei den Halbtax- und Generalabonnements einer Preissenkungsoffensive, ~~insbesondere für Erwerbstätige so wie junge Erwachsene der öffentliche Nahverkehr muss kostenlos werden.~~

**Begründung Antragsstellerin:**

Viele Kantone haben kantonale Initiativen für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel gestartet. Auch die Gewerkschaften müssen bei diesen Forderungen an vorderster Front stehen und diese Initiativen unterstützen.

*Stellungnahme des Vorstandes:* **Ablehnung**

**Begründung:** *Der SGB (wie auch der SEV) hat sich stets für eine substanzielle Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, jedoch bis anhin nie für dessen Kostenlosigkeit ausgesprochen. Dies aus folgenden Gründen:*

- *Die Forderung nach einer «grenzenlosen Mobilität zum Nulltarif» ist klimapolitisch nicht zielführend – auch nicht, wenn sie sich spezifisch auf öffentliche Verkehrsmittel bezieht. So wären etwa die raumplanerischen Auswirkungen von «Gratis-öV» keineswegs nur positiv, abgesehen davon, dass der öffentliche Verkehr als solcher zwar in seinem Betrieb sehr klimafreundlich ist, aber während der Investitionsphasen bedeutende Emissionen mit sich bringt (Fertigung Rollmaterial, Netzausbau etc.).*
- *Der öffentliche Verkehr ist integraler Bestandteil des Service public, welcher per Definition allen zustehen soll und muss. Letzteres darf aber nicht grundsätzlich mit Kostenlosigkeit gleichgesetzt werden, denn ansonsten müsste/könnte man auch etwa ein für alle EinwohnerInnen kostenloses «Strombudget» fordern. Sozial verträgliche minimale verbrauchsabhängige Tarifierungen sind nicht nur angebracht, sondern auch für die Finanzierung des Service public von entscheidender Bedeutung (letzteres Argument muss leider vor allem auf Basis der aktuellen realpolitischen Lage geltend gemacht werden).*
- *Bei den meisten Einführungen bzw. Versuchen von Gratis-öV im Ausland (Wien, Tallinn, Hasselt, Aubagne, Liechtenstein oder Luxemburg) ist es nicht per se zu einer Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr gekommen. Vielmehr besteht stets die Gefahr einer Verlagerung vom Langsamverkehr auf den öV. Unter dem Strich ist damit dem Klima nicht gedient.*

## **Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende**

### **Abänderungsantrag 3.17: Gewerkschaftsbund Neuenburg**

**Titel:** Für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbussen

**Seite 6:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Streichung eines Satzteils im Aufzählungszeichen «Arbeitszeit»

**Änderungen** (fett und kursiv):

- **Arbeitszeit:** Bereits 2018 forderte der SGB-Kongress eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit {...} Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass gut ausgestaltete Modelle der Arbeitszeitverkürzung – bei vollem Lohnausgleich ~~*für untere und mittlere Einkommen*~~ – sowohl dem Klima als auch der Bedeutung der Betreuungs- und Sorgearbeit klar zuträglich sind.

#### **Begründung Antragsstellerin:**

Wir schlagen vor, dass wir die niedrigen und mittleren Einkommen herausnehmen, da dies einige Leute beunruhigen könnte und wir so viele Menschen wie möglich für diese Idee gewinnen möchten, darunter auch die hohen Einkommen.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.18: Migrationskommission

**Seite 2:** Im Kapitel «Die Klimaerhitzung als existenzielle Bedrohung für die Arbeitnehmenden»

**Seite 5:** Im Kapitel «Grundsätzliche gewerkschaftliche Prämissen für die Klimawende»

**Antrag Teil 1, Seite 2:** Textergänzung am Ende des letzten Abschnitts dieses Kapitels

**Antrag Teil 2, Seite 5:** Am Ende des Aufzählungszeichens «Internationale Solidarität»

**Änderungen Teilantrag 1** (fett und kursiv):

{...} Arbeitsplätze sein – «grüne Jobs» müssen zwingend auch «gute Jobs» sein. ***Zudem stellt die Klimakrise eine existenzielle Bedrohung für ganze Bevölkerungsgruppen der Gebiete dar, die am stärksten von extremen Wetterphänomenen betroffen sind. Schon heute sind z.B. Inseln von einem zu hohen Meeresspiegel bedroht oder ganze Regionen von extremer Dürre betroffen. Diese Gebiete werden unbewohnbar, die Existenzgrundlagen der Menschen verschwinden. Die Bewohner:innen müssen fliehen, um ihr Überleben woanders zu sichern. Auch diese Menschen dürfen nicht im Stich gelassen werden. Es braucht daher Massnahmen, um ihnen menschenrechtsbasierte Fluchtwege und Chancen für den Aufbau ihrer Existenzgrundlage an anderen Orten anzubieten. Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Verantwortung für die Menschen zu tragen, die von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind.***

**Änderungen Teilantrag 2** (fett und kursiv):

- **Internationale Solidarität:** Eine aktive {...} des Anlagekapitals der Pensionskassen. ***Die Schweiz muss sich auch aktiv dafür einsetzen, dass die Weltgemeinschaft faire, sichere und menschenrechtsbasierte Lösungen für die Menschen findet, die auf Grund des von der Klimakrise verursachten Verschwindens ihrer Existenzgrundlage von Zuhause flüchten müssen. Die Schweiz muss sich an der Suche nach Lösungen beteiligen und ihre Migrationspolitik dahingehend ändern, dass auch hier vom Klimawandel betroffene Menschen aufgenommen werden können.***

**Begründung Antragsstellerin:**

Schon heute führt der Klimawandel dazu, dass viele Gebiete der Erde unbewohnbar sind: grosse Dürren bzw. Überschwemmungen führen zu Ernteaussfällen; extrem hohe Temperaturen machen das Leben an gewissen Orten unerträglich; überflutete Gebiete nehmen den Menschen Land weg. Wenn die Existenzgrundlage verschwindet, bleibt den Menschen nur die Flucht, um ihr Überleben an einem anderen Ort zu sichern. Die Problematik ist bekannt, aber die Weltgemeinschaft findet keine Lösungen für Menschen in dieser Situation. Im Gegenteil: die Weltregionen, die am stärksten zur Klimakrise beitragen, verschliessen sich am stärksten gegen die Aufnahme von sogenannten Klimaflüchtenden. Die Schweizer Gewerkschaften stehen für Klimagerechtigkeit sowie für eine faire Migrationspolitik ein. Es ist daher wichtig, dass unser Positionspapier auch das Schicksal der Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind, aufnimmt und dass die Gewerkschaften sich für sie einsetzen. Sie sind die am stärksten Benachteiligten der Klimakrise. Es ist wichtig, dass wir sie nicht vergessen.

*Stellungnahme des Vorstandes zu Teilantrag 1: **Gegenvorschlag***

*{...} Arbeitsplätze sein – «grüne Jobs» müssen zwingend auch «gute Jobs» sein. **Darüber hinaus stellt die Klimakrise eine existenzielle Bedrohung für ganze Bevölkerungsgruppen der Gebiete dar, die am stärksten von extremen Wetterphänomenen betroffen sind. Schon heute sind viele Inselstaaten durch den steigenden Meeresspiegel bedroht und ganze Regionen von extremer Dürre betroffen. Diese Gebiete werden zunehmend unbewohnbar, die Existenzgrundlagen der Menschen schwinden, und die BewohnerInnen müssen fliehen, um ihr Überleben woanders zu sichern.***

**Begründung:** *Es ist wichtig und richtig, die internationale Dimension auch im analysierenden Einstiegskapitel aufzunehmen. Die daraus abgeleiteten Forderungen gehören allerdings nicht an diese Stelle des Papiers und sind zudem weitgehend deckungsgleich mit dem Teilantrag 2, den der Vorstand zur Annahme empfiehlt.*

*Stellungnahme des Vorstandes zu Teilantrag 2: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.19: SIT

**Seite 5:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** Änderung des 1. Absatzes dieses Kapitels, in dem die Rolle der Gewerkschaften definiert wird.

**Änderungen** (fett und kursiv)

~~Der zentrale Auftrag der Politik ist es~~ **Die Politik muss** die nötigen Instrumente und Massnahmen für die Umsetzung einer bestmöglich wirksamen Klimapolitik zu beschliessen. Die **Aufgabe** der Gewerkschaften ~~wiederum ist es, müssen~~ dafür zu sorgen, dass diese Politik integral im Sinne der Beschäftigten umgesetzt wird. **Auch müssen sie als Akteure des Wandels auftreten, indem sie sich bei Unternehmen und Behörden für die Forderungen der Arbeitnehmenden in Bezug auf die Klimawende einsetzen.** Vor diesem Hintergrund stehen für uns die im Folgenden aufgeführten Ziele und Forderungen im Zentrum:

*Stellungnahme des Vorstands: **Annahme***

## Positionspapier 3: Gewerkschaftliche Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende

### Abänderungsantrag 3.20: CGAS

**Titel:** Pensionskassen dürfen nicht zu ökologischen und sozialen Katastrophen beitragen

**Seite 8:** Im Kapitel «Zentrale gewerkschaftliche Forderungen für die Klimawende»

**Antrag:** eine neue zentrale gewerkschaftliche Forderung einfügen

**Änderungen** (fett und kursiv):

- ***Pensionskassen: Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Gremien der Pensionskassen muss darauf hingewirkt werden, dass die von den Kassen getätigten Anlagen nicht mehr zur Finanzierung von besonders umweltschädlichen oder menschenrechtsverletzenden Unternehmen beitragen sowie sich aus der Finanzierung fossiler Energieträger zurückziehen. Die Pensionskassen sind grosse ImmobilieneigentümerInnen und müssen deshalb die Wärmedämmung ihres Gebäudeparks vorantreiben - dies bei gleichzeitiger Minimierung der Kosten für die davon betroffenen MieterInnen.***

Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme**